

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/3722/XVI/2020

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.01.2020	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand:
Dezember 2019/Januar 2020**

Sachverhalt:

Einigung zum Kohleausstieg:

Am 15.01.2020 hat die Bundesregierung die „Bund-/Länder-Einigung zum Kohleausstieg“ vorgestellt. Sie beinhaltet unter anderem einen Stilllegungspfad zur Beendigung der Braunkohleverstromung bis 2038 (s. Anlage).

Für das Rheinische Revier ergeben sich dadurch folgende Veränderungen:

Der Abschlussbericht der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ sah folgenden „Fahrplan“ für die Stilllegung von Kraftwerken vor:

- Reduktion der Braunkohle-Kraftwerkskapazitäten auf 15 Gigawatt bis 2022, d.h. Stilllegung aller alten 300 MW-Blöcke und - bis auf zwei – aller 600 MW-Blöcke
- Reduzierung der Braunkohle-Kraftwerkskapazität auf 9 Gigawatt bis 2030
- Vollständige Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke Ende 2038 (mit Option für 2035)

Aktueller „Ausstiegsfahrplan“ nach dem Spitzengespräch im Bundeskanzleramt am 15.01.2020:

- Stilllegung der 300 MW-Blöcke in Neurath (alt) bis Ende 2021
- Stilllegung der restlichen 600 MW-Blöcke in Neurath (alt) bis Ende 2020
- Die BoA-Blöcke in Neurath und Niederaußem sollen bis maximal 2038 laufen

Anlagen:

Kohleausstiegsplan, Pressemitteilung RKN 16.01.20, Schreiben LR zur Tagebauplanung

Stilllegungspfad Braunkohle¹

15.01.2020

Betreiber	Blockname	Revier	Inbetrieb- nahmehjahr	MW- Blockklasse	Stilllegungsdatum	Zielerreichung KWSB ist gesichert
kurze Frist						
RWE	Nord-Süd-Bahn (NSB)	Rheinland	1959-1976	300	31.12.2020	15,0 GW zum 31.12.2022 unter Abzug <u>geplanter</u> de minimis
RWE	NSB	Rheinland		300	31.12.2021	
RWE	NSB	Rheinland		300	31.12.2021	
RWE	NSB oder Weisweiler	Rheinland		300	31.12.2021	
RWE	NSB oder Weisweiler	Rheinland		300	01.04.2022	
RWE	Brikettierung	Rheinland		120	31.12.2022	
RWE	NSB	Rheinland		600	31.12.2022	
RWE	NSB	Rheinland		600	31.12.2022	
bis 2030						
RWE	Weisweiler F	Rheinland	1967	300	01.01.2025	8,8 GW zum 31.12.2030 unter Abzug <u>aller</u> de minimis
LEAG (EPH)	Jänschwalde A	Lausitz (BB)	1981	500	31.12.2025 (Sicherheitsbereitschaft)	
LEAG (EPH)	Jänschwalde B	Lausitz (BB)	1982	500	31.12.2027 (Sicherheitsbereitschaft)	
RWE	Weisweiler G	Rheinland	1974	600	01.04.2028	
LEAG (EPH)	Jänschwalde C	Lausitz (BB)	1984	500	31.12.2028	
LEAG (EPH)	Jänschwalde D	Lausitz (BB)	1985	500	31.12.2028	
RWE	Weisweiler H	Rheinland	1975	600	01.04.2029	
LEAG (EPH)	Boxberg N	Lausitz (SN)	1979	500	31.12.2029	
LEAG (EPH)	Boxberg P	Lausitz (SN)	1980	500	31.12.2029	
RWE	Niederaußem G	Rheinland	1974	600	31.12.2029	
RWE	Niederaußem H	Rheinland	1974	600	31.12.2029 (Sicherheitsbereitschaft)	
nach 2030						
Uniper / EPH	Schkopau A	Mitteldeutschland (ST)	1996	450	31.12.2034	0 GW zum 31.12.2038
Uniper / EPH	Schkopau B	Mitteldeutschland (ST)	1996	450	31.12.2034	
LEAG (EPH)	Lippendorf R	Mitteldeutschland (SN)	2000	875	31.12.2035	
EnBW	Lippendorf S	Mitteldeutschland (SN)	1999	875	31.12.2035	
RWE	Niederaußem K	Rheinland	2002	1000	31.12.2038	
RWE	Neurath F	Rheinland	2012	1000	31.12.2038	
RWE	Neurath G	Rheinland	2012	1000	31.12.2038	
LEAG (EPH)	Schwarze Pumpe A	Lausitz (BB/SN)	1998	750	31.12.2038	
LEAG (EPH)	Schwarze Pumpe B	Lausitz (BB/SN)	1998	750	31.12.2038	
LEAG (EPH)	Boxberg R	Lausitz (SN)	2012	640	31.12.2038	
LEAG (EPH)	Boxberg Q	Lausitz (SN)	2000	860	31.12.2038	

1 Im Hinblick auf die nach 2030 vorgesehenen Stilllegungen wird bei den Revisionszeitpunkten 2026 und 2029 geprüft, ob die Stilllegungen jeweils um 3 Jahre vorgezogen und damit das Abschlussdatum 2035 erreicht werden kann.

Rhein-Kreis Neuss

Landrat zum Kohleausstieg: "Gut, dass nun Klarheit herrscht"

Wirtschaft | 16.01.2020

"Es ist gut, dass für alle Betroffenen jetzt Klarheit über die Umsetzung des Kohlekompromisses herrscht", so kommentiert Landrat Hans-Jürgen Petrauschke die Einigung der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der betroffenen Länder zum Kohleausstieg. Dies gelte auch für den Tagebau Garzweiler, der weiter in den Grenzen der Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 betrieben werden soll, und die dazugehörigen Umsiedlungen. "Das Rheinische Revier wird in den kommenden Jahren einen schnelleren Beitrag zum Klimaschutz leisten", so Petrauschke.

Die Einigung müsse nun schnell rechtlich bindend festgelegt werden, fordert der Landrat: "Dabei muss auch die finanzielle Förderung der vier Bundesländer mit 40 Milliarden Euro festgeschrieben werden."

"Es ist gut, dass für Mitarbeiter von RWE ein Anpassungsgeld gezahlt werden soll. Es müssen nun neue Arbeitsplätze geschaffen werden um den Wegfall auch für jüngere Arbeitnehmer bei RWE und in den Zulieferbetrieben auszugleichen", blickt Petrauschke auf die von den Kraftwerksschließungen betroffenen Arbeitnehmer.

Die Strukturmittel müssen jetzt schnellstmöglich dazu genutzt werden, um die notwendigen neuen Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. "Hierzu müssen vier wesentliche Punkte umgesetzt werden: Wir benötigen ausreichend Industrie- und Gewerbegebiete. Die Verkehrsinfrastruktur muss bedarfsgerecht gestärkt werden, einschließlich der Schienenverbindung Düsseldorf – Neuss – Grevenbroich - Aachen. Zudem benötigen wir flächendeckend Breitband- und 5G-Ausbau sowie schnellere Genehmigungsverfahren", erläutert Petrauschke. Zum Erhalt der energieintensiven Industrie sei es zudem wichtig, dass auch künftig jederzeit kostengünstiger Strom aus heimischen Energiequellen verfügbar sei.

"Wenn dies gelingt, bin ich mir sicher dass wir auch nach 2038 einer der wirtschafts- und innovationsstärksten Kreise in Deutschland bleiben", blickt Petrauschke positiv in die Zukunft.



Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat

Lindenstraße 2
D-41515 Grevenbroich
T 02181 601 – 1010/1011/1012
F 02181 601 – 2400
E landrat@rhein-kreis-neuss.de
I www.rhein-kreis-neuss.de

An den
Vorsitzenden des Braunkohlenausschusses
Herrn Stefan Götz
Bezirksregierung Köln
50606 Köln

Grevenbroich, 17.01.2020

Tagebauplanung

Sehr geehrter Herr Götz,

die Energie- und Klimapolitik in Deutschland ist in den vergangenen Jahren rasanten Veränderungen unterworfen worden. Die Stadt Jüchen und der Rhein-Kreis Neuss sind, wie die gesamte Rheinische Braunkohleregion, von diesen Entwicklungen besonders stark betroffen, denn viele Arbeitsplätze sind hier direkt oder indirekt von der Energiebranche abhängig.

Die in Berlin getroffenen Entscheidungen, die einen Ausstieg aus Atomkraft und Braunkohlenverstromung, sowie einen offensiven Ausbau der erneuerbaren Energien vorsehen, werden erhebliche Auswirkungen auf unsere Region haben und sind teilweise bereits heute sichtbar.

Die Landschaft wird zwischenzeitlich an vielen Orten von Windrädern geprägt. Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Stromleitungen sind bei den Behörden anhängig und im Rhein-Kreis Neuss soll ein Stromkonverter gebaut werden.

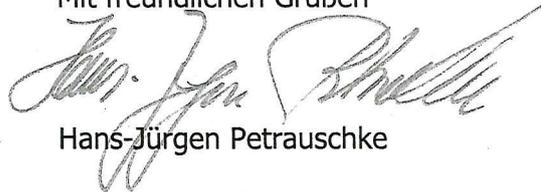
Zukünftig wird auch die Verkleinerung des Abbaubereiches des Tagebaus zu umfangreichen Veränderungen der gesamten Betriebsabläufe und Planungen führen, da diese alle auf anderen Grundannahmen beruhen. Die aktuell von der Bundesregierung vorgestellte „Bund-/Länder-Einigung zum Kohleausstieg“ wird diese Entwicklungen weiter beschleunigen. Eine weitere Verzögerung bei der Verkipfung und Rekultivierung des sogenannten „östlichen Restlochs“ sollte hierbei unbedingt vermieden werden.

Bei allen Überlegungen, wie das Rheinische Revier für die Zeit nach der Braunkohle gestaltet werden soll, muss aus meiner Sicht auch berücksichtigt werden, dass die Stadt Jüchen durch den Tagebau viele Jahrzehnte in ihrer Entwicklung stark eingeschränkt war.

Eine zeitnahe Rekultivierung sollte nunmehr vorrangig erfolgen.

Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne in die nunmehr anstehenden Prozesse und Planungen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans-Jürgen Petrauschke', written in a cursive style.

Hans-Jürgen Petrauschke

